

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Postwegen 1,00 Mk. für die Woche, 3,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Verlagskonto: Nr. 23 885, Carl-Liebknecht-Verlag o. B. u. S., Berlin. Fernsprechanruf: Ring Nr. 9327.

Sonntag, den 21. August 1921

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Millimeterzeile ober oder unter Raum 0,50 Mk. am Ende 0,50 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Vereine- und Besammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklamet: Die Millimeterzeile, 3-spaltig ober oder unter Raum 1.- Mk.

## Steuerfragen.

Alle bürgerlich-parlamentarischen Parteien, und zu ihnen zählt heute auch die USPD., haben ein Interesse daran, politische Fragen zu isolieren und möglichst ausschließlich auf das rein parlamentarische Gebiet überzuführen. Die parlamentarische Erledigung gibt die erwünschte Gelegenheit, allerlei Künste und Verabredungen hinter den Kulissen zu treiben und die politische Aktivität der Massen abzukämpfen. Die Fokalisierung der Frage lenkt zugleich die Aufmerksamkeit der breiten Massen auf rein technische Einzelheiten ab und verwischt den Zusammenhang, der zwischen der aufgeworfenen Frage und dem Komplex des sozialen und politischen Lebens besteht.

Auch die jetzt durch die Erfüllung des Ultimatum und das Steuerprogramm der Regierung aufgeworfenen Steuerfragen sollen nach Wunsch aller politischen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, rein parlamentarisch und möglichst isoliert behandelt werden. Nur zuweilen taucht in der Presse der USPD. und SPD. der Gedanke auf, daß der Kampf gegen das Proletariat belastende Steuern auch noch auf anderen Wegen möglich ist als durch die parlamentarische Ablehnung eines Steuergesetzentwurfes. Unsere Partei muß ganz im Gegensatz zu den übrigen Parteien die Steuerfragen im Zusammenhang mit allen übrigen Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens betrachten und entsprechend behandeln. Unsere Partei wird durch ihre Fraktion im Parlament alle die Lebenshaltung des Proletariats verschlechternden Steuern ablehnen, darüber hinaus aber zugleich mit allen außerparlamentarischen Mitteln einen Druck auf die Regierung und das Bürgertum zur Abwehr der Steuern ausüben müssen. Da bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Parlament der Ausgang dieser Abwehr nicht zweifelhaft sein kann, muß unsere Partei darauf vorbereitet sein, den Kampf gegen beschlossene Steuern in der Form von Kämpfen um die Erhöhung der Löhne fortzusetzen. Steuerfragen sind daher untrennbar mit Lohnfragen verknüpft. Unsere Partei muß deshalb ihre Aufmerksamkeit von vornherein auf alle mit den Steuerbedürfnissen des Reichs zusammenhängenden Wirkungen richten.

Die übrigen Parteien haben sich bekanntlich für die Erfüllung des Ultimatum eingesetzt. Auch die USPD. hat erst kürzlich wieder durch den Mund von Breitscheid in Paris erklären lassen, daß sie hinter dem Kabinett Wirth stehe, soweit Wirth die Erfüllung der Reparationsleistungen auf das Programm geschrieben habe. Alle diese Parteien müssen deshalb Steuervorschläge machen, deren Endsumme mindestens die Höhe der von der Entente geforderten Zahlungen erreicht. Die Kommunisten haben den Friedensvertrag von Versailles und die sich daran knüpfenden Abkommen mit der Entente abgelehnt. Der Zweck der neuen Steuerforderungen gestattet daher den Kommunisten eine viel freiere Stellungnahme zu den Steuerforderungen überhaupt, als diesen übrigen Parteien möglich ist. Auch die Bilanzierung des Stats ist für die Kommunisten nicht selbst wie für Hilferding — ein Prinzip, für das die Kommunisten sich unter allen Umständen einsetzen müßten. Ungedeckte Ausgaben vermehren zwar die Tätigkeit der Notenpresse, verursachen dadurch ein weiteres Sinken der Mark, und die Ueberflutung mit Papiergeld wirkt so letzten Endes durch die dadurch hervorgerufene Preissteigerung als eine indirekte Steuer. Trotzdem sind die Kommunisten als prinzipielle Gegner des gegenwärtigen Staatswesens in der bürgerlichen Wirtschaft und Finanzordnung nicht unbedingt an den Grundgedanken der Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt gebunden. Das leitende Prinzip für die Kommunisten ist vielmehr Abwehr der Verschlechterung der Lebenslage der breiten Massen, und im Gegensatz dazu Abwälzung aller Lasten auf die Besitzenden. Soweit es sich um den vorliegenden Stat handelt, kann nicht bedingungslos die Forderung aufgestellt werden, die Einnahmeposten so zu erhöhen, bis sie die Ausnahmeposten erreichen. Im Interesse der breiten Massen ist sowohl aus finanziellen, wie allgemein kulturellen und politischen Gründen zu fordern, daß die Ausgabe Seite des Staates durch Streichung der Posten für unproduktive Zwecke wesentlich verringert wird. Die Ausgaben für die Unterdrückung der Arbeiterschaft (Reichswehr, Schutz, Justiz usw.) sind ohne weiteres zu streichen. Ebenso muß im Interesse der Entlastung des Stats der Zinsendienst für die innere Staatsschuld eingestellt werden. Schließlich können die Zahlungen an die ehemaligen Dynastien ohne weiteres eingestellt werden.

In der alten Partei war für die Stellungnahme häufig der Gesichtspunkt entscheidend, ob eine Steuer zu den direkten oder indirekten gehörte. Daß alle indirekten Steuern, die unmittelbar die Lebenshaltung der breiten Massen belasten, abgelehnt werden müssen, bedarf keiner weiteren Begründung. Aber auch die direkten Steuern müssen heute sorgfältiger noch als früher auf

## Nur die Arbeiter können wiederaufbauen

### Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

Zur Durchführung der Wiedergutmachungsleistungen hat die Reichsregierung im Gefolge der Verhandlungen zwischen den Wiederaufbauministern Rathenau und Loucheur die Bildung von Leistungsverbänden beschlossen. Darüber wurde im Reichswirtschaftsrat hinter verschlossenen Türen verhandelt, die Öffentlichkeit erfuhr fast nichts davon. Die Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsrat machten nicht die hinter ihnen stehenden Massenorganisationen mobil, um eine für die Arbeiterschaft möglichst günstige Lösung zu erzwingen, sondern suchten den Unternehmervertretern einige Zugeständnisse abzuhandeln. Sie haben damit offenbar bisher keine großen Erfolge erzielt. Jetzt wenden sich die Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften in einem offenen Schreiben an den Wiederaufbauminister:

#### Betrifft Mitwirkung der Gewerkschaften in den Organisationen für den Wiederaufbau.

Nachdem am 14. Juli die Verordnung über die Sachleistungen für den Wiederaufbau genehmigt worden ist, eruchen die unterzeichneten Spitzenverbände den Herrn Reichsminister für den Wiederaufbau, schnellstens die Frage zu regeln, in welcher Weise die Gewerkschaften, als die berechtigten Interessenvertretungen der deutschen Arbeiter, am zweckmäßigsten und mit entscheidendem Einfluß in die zur Durchführung der Sachleistungen zu bildenden Organisationen einzugliedern sind.

Die Leistungen für den Wiederaufbau sind nicht privatwirtschaftliche, sondern öffentliche Arbeiten, die aus den Mitteln des Reiches unter schwerster Belastung der Steuerzahler getragen werden müssen. Die Begrenzung des Unternehmergewinns bei diesen Arbeiten auf ein unerlässliches Höchstmaß muß im Interesse des Reiches gewährleistet werden. Ohne eine weitgehende Kontrolle besteht die Gefahr, daß auch aus diesen Sachleistungen einigen Unternehmern zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft unberechtigt hohe Gewinne zufließen.

An den Herrn Reichsminister für Wiederaufbau.

Die zu vergebenden Aufträge sind aber zugleich auch Notstandsarbeiten im Sinne der jüngsten Beschlüsse des deutschen Reichstages. Sie können zur Behebung und Milderung der Ernährungslosigkeit aber nur dann dienen, wenn sie weitestmöglich den besonders notleidenden Bezirken zugeleitet werden und wenn Vorkehrungen getroffen werden, die zur vermehrten Einstellung von Arbeitslosen führen, unter Beachtung der von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen hinsichtlich der Unterbringung der Arbeitslosen.

Zur Durchführung der Wiederaufbauverpflichtung ist die organisatorische Mitarbeit der deutschen Gewerkschaften unerlässlich. Nur dadurch können dem Zustand gegenüber die notwendigen Garantien geboten werden für eine prompte und reibungslose Erledigung der für den Wiederaufbau angeforderten Lieferungen.

Die unterzeichneten Spitzenorganisationen verlangen deshalb:

1. Entscheidende Mitwirkung bei der Auftragsvergabe, insbesondere um die bevorzugte Berücksichtigung der Bezirke und der Industrien durchzuführen, die am schwersten von der Ernährungslosigkeit betroffen sind.
2. Durchführung der für die Unterbringung von Ernährungslosen aufgestellten Grundzüge hinsichtlich der Einstellung, Arbeitsstreckung, Schichtwechsel usw.
3. Sicherungen, daß bei der Ausführung der Aufträge die für die betreffenden Industrien tarifvertraglich vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen anerkannt und durchgeführt werden.
4. Mitkontrolle der Preise für alle aus dem Wiederaufbau stehenden Sach- und Werkleistungen, um die Begrenzung des Unternehmergewinns auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu sichern und um die Anweisung eines das Reich belastenden unberechtigt hohen Profits zu verhindern.
5. Zur Erreichung dieses Zweckes ist es notwendig, daß die Arbeiter- und Angestelltenverbände in die regionalen und

ihre sozialen Wirkungen hin untersucht und dementsprechend Stellung zu ihnen genommen werden. Der zehnprozentige Lohnabzug für den Steuerfiskus ist eine direkte Steuer, die den Arbeiter ebenso hart und unmittelbar trifft, wie eine Juden- oder Brotsteuer. Die Freistellung eines Existenzminimums etwa bis zu 24 000 Mark jährlichem Einkommen muß heute selbstverständlich Voraussetzung jeder steuerlichen Belastung bilden. Aber selbst direkte Steuern, die dieses Existenzminimum freilassen, können nur zu leicht auf die Verbraucher abgewälzt werden. Jedes Unternehmertum, das die Steuer an den Fiskus abzuliefern hat, ist in der Lage, die Steuerausgaben in die Preiskalkulation einzurechnen. Die Kapitalisten können das heute um so leichter, als infolge der Produktionsbeschränkung gerade für die wichtigsten Lebensbedürfnisse fast alle Waren Monopolcharakter tragen. Gegen die Abwälzung auch der direkten Steuern kann sich die Arbeiterschaft nur durch die Forderung erhöhter Löhne und Gehälter wehren. Die Erörterung

sachlichen Leistungsverbände und Landesauftragsstellen mit maßgebenden Einfluß eingegliedert werden, wie ihnen auch ein gleicher Einfluß in der zu bildenden Spitzenorganisation der Leistungsverbände eingeräumt werden muß.

Wir ersuchen den Herrn Reichsminister für Wiederaufbau, die unterzeichneten Spitzenorganisationen baldmöglichst zu Beratungen laden zu lassen, um feststellen zu können, wie die Durchführung unserer oben besagten Forderungen zweckentsprechend erfolgen kann.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Th. Leipart.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund. Klingens.  
Deutscher Gewerkschaftsbund. B. Brüning.  
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. F. Neufeldt.

Hier ist der richtige Gebante ausgesprochen, daß die Massenorganisationen der Arbeiter bei der Leistung der Wiedergutmachungsarbeiten entscheidenden Einfluß bekommen müssen. Die Wiedergutmachung ist nicht Selbstzweck, für die deutschen Arbeiter so wenig wie für die deutschen Kapitalisten. Die Kapitalisten wollen durch die Wiedergutmachung die verlorenen Absatzmärkte dem Ausland wiedererobern. Für sie ist die Wiedergutmachung die Verkleidung eines imperialistischen Zieles. Die deutschen Arbeiter müssen es ablehnen, für dieses imperialistische Ziel sich schinden und auspressen zu lassen. Sie müssen es ablehnen, zu Löhnen für die Wiedergutmachung zu arbeiten, die Lohndruck und Arbeitslosigkeit in den Ententeländern vermehren. Sie müssen es ablehnen, sich für die Wiedergutmachung der Kapitalisten durch unerhörte Steuerlasten auspressen zu lassen, die auf die Arbeitsverhältnisse in den Ententeländern dieselbe Wirkung herbeibringen würden. Das umsomehr, als die französische Kapitalisten aus Gründen der Raktikrent die Wiedergutmachung der deutschen Kapitalisten gar nicht zulassen können und werden.

Was die deutschen Arbeiter unter Wiedergutmachung verstehen, ist nicht der imperialistische Konkurrenzkampf der Kapitalisten auf Kosten des Proletariats, sondern der wirkliche Wiederaufbau der durch den Krieg zerrütteten Wirtschaft in Deutschland, in Frankreich und den übrigen Ländern. Für diese Wiedergutmachung muß die deutsche Arbeiterklasse sich einsetzen. Sie kann nur von der Arbeiterklasse selbst gegen den Widerstand der Kapitalisten hüten und führen durchgeführt werden. Durch diese Wiedergutmachung kann sowohl den deutschen Arbeitern Arbeit und Brot, wie den französischen Arbeitern der Wiederaufbau ihrer zerstörten Häuser und Arbeitsstätten gewährleistet werden.

Für diese Wiedergutmachung ist nicht nur notwendig die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Auftragsvergabe, bei der Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen, bei der Kontrolle der Preise „zur Begrenzung des Unternehmergewinns auf ein unerlässliches Höchstmaß“, sondern die Beseitigung des Unternehmergewinns überhaupt, der nur noch einen Raub an den für die proletarische Lebenshaltung unerlässlichen Gütern bedeutet. Aber selbst die Forderungen, die die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften hier aufstellen, und deren Durchführung eine Etappe auf dem Wege zu einer wirklichen Wiedergutmachung werden kann, werden nicht nur durch gutes Zureden an die Regierung und die Kapitalisten, sondern nur durch den Einsatz der Massenorganisationen zum Kampf verwirklicht werden können.

In dem Schreiben ist zugegeben, daß die organisatorische Mitarbeit der Gewerkschaften zur Durchführung der Wiederaufbauverpflichtungen unerlässlich ist. Damit ist zugleich gesagt, daß die Gewerkschaften nicht nur Forderungen, sondern Bedingungen stellen können, und daß sie die Macht haben, sie durchzusetzen, wenn sie nur wollen.

der Steuerfragen führt daher die Arbeiterschaft zu der Notwendigkeit von Lohnkämpfen. Unsere Partei muß diesen Gesichtspunkt besonders scharf herausheben und die gesamte Arbeiterschaft auf solche Kämpfe vorbereiten. Wenn der leitende Gesichtspunkt für die Behandlung von Steuerfragen die Abwälzung jeder Belastung der Arbeiterschaft sein muß, so folgt daraus unmittelbar die Forderung der ausschließlichen Belastung des Besitzes. Die gewaltigen Steuersummen, die heute der bürgerliche Staat braucht, können eben nur durch Verkürzung des Lohns und für die Arbeiterschaft oder des Akkumulationsfonds der Kapitalisten gewonnen werden. Soweit die Besitzenden einen besonderen Aufwand treiben, kann das durch eine Besteuerung des Aufwandes verhindert werden. Aber eine noch so hohe Aufwandsteuer wird die heute erforderlichen Summen nicht aufbringen können. Es bleibt also nur der Ausweg, den Akkumulationsfonds anzugreifen. Neben einer Besteuerung oder Konfiskation der Erbschaften wird die



unmittelbare Angreifung des kapitalistischen Besitzes die beste Handhabe zu diesem Zwecke bilden. Die U.S.P. und S.P.D. schlagen dazu eine 20-30prozentige Besteuerung der sogenannten Gold- oder Sachwerte vor. Dieser Vorschlag läuft auf eine teilweise Konfiskation des Vermögens hinaus. Angesichts der großen Steuerforderungen und der Notwendigkeit, bestehende indirekte Steuern völlig abzubauen, scheint eine 5prozentige Steuer angebracht, d. h. der Staat würde etwas über die Hälfte aller in privaten Händen befindlichen Werte erhalten. Die Abtretung der Sachwerte an den Staat in Höhe von 51 Prozent bietet dem Staat zugleich die Möglichkeit, das gesamte Wirtschaftsleben zu beherrschen und nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit zu regeln. Eine Garantie für die zweckmäßigste Verwaltung der dem Staate übergebenen Sachwerte wird nur dann vorliegen, wenn die Arbeiter und Angestellten ein weitgehendes Kontrollrecht ausüben können. Gleichzeitig wird es Aufgabe der Arbeiter- und Angestellten-Betriebsräte sein, eine wirksame Kontrolle der Steuerleistungen durch die Unternehmungen auszuüben, da bekanntlich die jetzigen behördlichen Steuerorgane völlig versagt und Steuerhinterziehungen breitesten Raumes gönnen haben. Das Hauptgebiet für die Tätigkeit der Arbeiter- und Angestellten-Betriebsräte wird in dessen die Kontrolle der Produktion sein müssen. Eine wirksame steuerliche Erfassung des Besitzes führt so unmittelbar zur Kontrolle der Produktion durch die Arbeiterschaft. Die Tatsache, daß das heutige Finanzsystem eine Folge des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, führt ohne weiteres über den Weg des finanziellen Bankrotts der Staaten — zu der einzigen Lösung der Beseitigung der Anarchie im Wirtschaftsleben durch die Kontrolle der Produktion.

Die Arbeiterschaft wird sich diese Vorschläge unserer Partei durchaus zueigen machen. Die Durchsetzung der Vorschläge aber im Parlament wird wahrscheinlich an den bestehenden Mehrheitsverhältnissen scheitern. Die Notwendigkeit, den parlamentarischen Kampf zu ergänzen durch das geschlossene Auftreten der gesamten Arbeiterschaft, wird in dessen in den breitesten Schichten auf Verständnis stoßen. Hauptaufgabe unserer Partei ist es daher, alle Kräfte des Proletariats für diesen außerparlamentarischen Kampf zu sammeln. Soweit das bürgerliche Parlament neue Steuern zu Ungunsten des Proletariats beschließt, muß unsere Partei sofort die Führung zur Abwehr der sozialen Wirkungen dieser neuen Steuern übernehmen. Die Rechtssozialisten und Unabhängigen werden zwar behaupten, daß ihre Vorschläge realisierbar und wirksam im Sinne der Entlastung der Besitzlosen seien. Soweit die weitergehenden Anträge der Kommunisten im Parlament abgelehnt werden, bleibt es noch der näheren Prüfung durch unsere Parteiorganisation vorbehalten, ob unsere Fraktion den Vorschlägen der beiden anderen Arbeiterparteien zustimmen kann. Auf jeden Fall wird unsere Partei diejenigen Teile des Steuerprogramms der beiden anderen Parteien unterstützen, die geeignet sind, den Konflikt zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum herbeizuführen oder zu verschärfen. Selbst ungenügende Vorschläge können von unserer Partei unterstützt werden, wenn sie Anlaß zur Einleitung von Kämpfen geben und dadurch die Bildung der Einheitsfront des gesamten Proletariats gegenüber den Kapitalisten befähigen.

## Politische Uebersicht.

### Briand und Oberschlesien.

Nach Lloyd George hat jetzt auch Briand gesprochen. Er hat vor den Vertretern der französischen Presse eine Erklärung abgegeben, die im wesentlichen seinen Ausführungen auf der Pariser Konferenz entspricht.

Nachdem Briand erklärt hatte, daß er keinerlei Neigung verspüre, die Streitigkeiten über den Obersten Rat für seine Person noch weiter fortzusetzen, nach einer mehr höflich-diplomatischen als aufrichtigen Verbeugung vor dem „Gerechtigkeitsgefühl“ des Völkerrundrates beabsichtigte sich der französische Premier mit der Rede Lloyd Georges im Unterhause. Er stellte ihr die Auffassung der französischen Regierung über die obersteleische Frage gegenüber. Er betonte noch einmal, daß die Sachverständigen einstimmig die Festsetzung gemacht hätten, daß grundsätzlich der Friedensvertrag eine Teilung Oberschlesiens vorsehe und daß diese Teilung auf der Grundlage der durch die Abstimmung vorgelegten ethnographischen Verhältnisse vorgenommen werden solle. Die Meinungsverschiedenheit brenne sich nun das Industriegebiet. Lloyd George wolle das gesamte Industriegebiet mit Ausnahme von Pless und Kattowitz den Deutschen zu sprechen. Die französische Ansicht aber sei, daß diese beiden Kreise mit dem sogenannten Industriegebiet eine unteilbare wirtschaftliche Einheit ausmachen, in der als Ganzes genommen die polnischen Stimmen bei der Abstimmung die Mehrheit gehabt hätten. Also sei dies ganze Gebiet, das eigentliches Industriegebiet mit Pless und Kattowitz, den Polen zu überlassen.

Das ist im Zusammenhang der Fabel der Rede Briands. Leider ist in der französischen Ministerpräsidenten, was den Völkerrundrat angeht, nur seine Uebersetzung anzugehen, die diese Zustimmung werde die französische Auffassung in der obersteleischen Frage bekräftigen. Briand hat aber nicht erklärt, daß die französische Regierung gewillt sei, sich der Entscheidung des Völkerrundrates zu unterwerfen. Er läßt diese Frage offen. Wir nehmen an, daß die Ausführungen des „Temp“ über die Notwendigkeit eines einseitigen Beschlusses im Völkerrundrat die beste Erläuterung der Ausführungen Briands bieten. Frankreich wird weiter versuchen, eine Entscheidung über Oberschlesien hinauszuschieben, sei es auch auf Grund formeller Einwendungen.

In der französischen Kammer, die noch verhandelt ist, wird Briand mit Unterstützung des nationalen Blocks wegen seiner Haltung auf der Pariser Konferenz bekräftigt werden. Er wird den Angreifern gegenüber durchhalten lassen, daß er und nicht Lloyd George auf der Pariser Konferenz einen Erfolg gehabt habe, da ja die Entscheidung über Oberschlesien wiederum verhandelt sei. Man solle abwarten, nach welcher Richtung der Völkerrundrat sich entscheiden werde. Er wird weiter durchhalten lassen, daß dessen Urteil im Grunde nicht entscheidend sei, es werde durch die Möglichkeit befallen bleiben, die Entscheidung weiter zu verschleppen.

Es muß abgewartet werden, ob Briand die Zustimmung der Kammer finden oder ob sein Ministerium durch ein extrem-nationalistisches Urteil werden wird. Wenn eine solche Veränderung der politischen Konstellation in Frankreich einträte, wäre durch die Möglichkeit eines Bruchs mit England zu rechnen. Vielleicht würde ein Ministerium der äußersten Rechten für den Fall, daß die Entscheidung über die ober-

steleische Frage sich wegen des englischen Widerstandes innerhalb des Rahmens der Entente nicht mehr länger hinauszögern ließe, auf eigene Faust versuchen, die Absichten des französischen Imperialismus in Mittel- und Osteuropa zu verwirklichen. Diese Möglichkeit, die auch Lloyd George sehen wird, ist der stärkste Trumpf Briands gegenüber der englischen Politik.

### Polen und die Entente

(C.C.) (Druckbericht.) Warschau, 18. August.

Eine mit der an Deutschland gerichteten gleichlautende Note des Obersten Rates an Polen ist gestern hier veröffentlicht worden. — Der polnische Gesandte in Paris Jamski ist in Warschau eingetroffen, um an der Vorbereitung einer weiteren diplomatischen Aktion in der obersteleischen Frage teilzunehmen. Auch die Ankunft Korjantys wird heute hier erwartet.

### Ein Geheimabkommen Polens mit den Randstaaten.

(C.U.) Riga, 18. August.

Auf der Randstaatenkonferenz in Helsingfors wurde ein Geheimabkommen zwischen Polen und den anderen an der Konferenz beteiligten Staaten abgeschlossen. Danach müssen die Randstaaten Polen Hilfe leisten, wenn es von Rußland angegriffen wird.

### Orgeschmobilmachung für Oberschlesien.

In Frankfurt a. M. zirkulierte bei der Sipo ein Geheimrundschreiben, wonach sich diejenigen Beamten, die bereit sind, nach Oberschlesien zu gehen, bis zum 7. August melden sollen. Unser Frankfurter Bruderblatt ist nunmehr in der Lage mitzuteilen, daß rund 300 Sipobeamte am 16. d. M. in einzelnen Trupps nach Oberschlesien abfahren.

Die Orgesch befindet sich in Mobilmachung. Ebenso werden die reaktionären Elemente in der Sipo für den Abtransport nach Oberschlesien bereitgestellt. Arbeiter, sehr wachsam und verhindert alle Orgeschtransporte.

## Wie die Junter das Volk aushungern.

### Die Regierung kuschelt.

Die ostpreussischen Großgrundbesitzer haben, wie bereits gemeldet, eine unverdächtige Propaganda in die Wege geleitet, um das Umlagegeld herabzumindern. Sie zogen alle Register: von der Resolution in ihren zahlreichen Organisationen bis zur persönlichen Verhandlung mit den Reichsbehörden. Darüber hinaus aber sind sie eifrig am Werke, um praktisch die Umlagepflicht zu umgehen. So hat z. B. der Wirtschaftsausschuß der landwirtschaftlichen Organisationen Ostpreußens in einer öffentlichen Erklärung allen ihr angeschlossenen Verbänden unterstellt, den gesetzlichen Anordnungen gemäß „die Verantwortung für die Unterverteilung (der Umlage) auf die Kreise“ zu übernehmen. Das heißt: sie sabotieren die amtlichen Maßnahmen zur Feststellung des erzfähigen Getreides.

Außerdem wenden die Großagrarier alle Mittel an, um sich der Ablieferungspflicht, so beschränkt sie ist, zu entziehen. Unter anderem verkaufen sie ihr Getreide zu hohen Preisen vor der Erfassung und Festsetzung an „herumreisende Händler“, wie es in den darauf bezugnehmenden Aufträgen der Landräte von Allenstein und Rya heißt.

Es scheint, daß die unerhörte Aktion der ostpreussischen Junter bereits ihre Wirkung auf die zuständigen Behörden ausgeübt hat. So hat das Preussische Landesgetreideamt in Berlin, um angeblich „einen Ausgleich“ für die gegenüber den anderen Teilen des Reiches erzwungene und vertenerte Produktion zu gewähren, die Umlagepreise für Ostpreußen erhöht. Es werden pro Tonne gezahlt werden:

Roggen	2250 M.
Weizen, Speltz, Emmer, Einkorn	2450
Gerste	2140
Hafers	1930

Es scheint außerdem, daß die Regierung tatsächlich auch den Forderungen auf Ermäßigung des Umlagegeldes für Ostpreußen nachgeben wird — eine Forderung, die angesichts der agrarischen Ueberproduktionslage in Ostpreußen eine Forderung ohne Gleichen ist. Nach der „Ermäßigungszeitung“ vom 13. August fand in Braunsberg eine Besprechung des Landrats mit dem Gemeindevorsteher des Kreises Braunsberg statt. Auf dieser Besprechung führte der Landrat unter anderem an:

„Der Kreisrat hat sich bemüht, eine Ermäßigung des Umlagegeldes herbeizuführen, zumal der Kreis kaum eine Mittelernte aufweise, und es sei eine Kommission beim Oberpräsidenten bestellt worden. Zweifellos werde für Ostpreußen eine Ermäßigung der Umlage eintreten. Darüber werde auch noch mit dem Reichsernährungsminister verhandelt, der in der nächsten Woche nach Berlin kommen werde.“

Die Regierung wird auch in neuen Verhandlungen für die „Sorgen“ und „Nöte“ der Großagrarier innigstes Verständnis zeigen, und Junterorganisationen und befreundete Regierungsvertreter werden weiter die Sabotage der Getreideablieferung predigen und unterstützen. Die Landarbeiterschaft selbst muß die Kontrolle über die Ablieferung ausüben, um den Hungerkrieg gegen das Stadiproletariat unmöglich zu machen.

### Wie der Danziger Untersuchungsausschuß „untersucht“.

Nach Artikel 19 der Verfassung muß, wenn fünfzwanzig Abgeordnete es verlangen, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gegen Regierungsmitglieder, die sich Verfehlungen verbrochen zu haben, eingesetzt werden.

Ein solcher Ausschuß wurde gegen den Senator Schümmert eingesetzt. Bei der ersten Sitzung dieses Ausschusses teilten die Bürgerlichen, die in diesem Ausschuß die Mehrheit haben, den Antrag auf Auflösung des Ausschusses. Auf diese Weise fiel der Ausschuß und die Untersuchung gegen Schümmert ins Wasser. So sehen die demokratischen Rechte eine Verfassungsfrage nach oben geschoben. Das zeigt die Bourgeoisie, aber die Arbeiter müssen es noch besser verstehen lernen.

### Die einseitige Kampffront gegen Bauarbeiter und Steinmetzen auch in Straß.

Dem Anse der drei sozialistischen Parteien, des K.D.S. und des K.P. folgend, demonstrierte heute das Stadiproletariat in einer wichtigen Angelegenheit gegen die durch die Streikbrecherführung und die Streikverweigerung herbeigeführte Verteilung der beiden Volkswagen. Die Betriebe rufen in geschlossener Front zum Bündenplatz: Keiner aller drei Parteien (K.P., K.D.S., K.P.) durch den Senatsrat Schümmert, der die Streikbrecher auf-

forderte, gegen die Offensive der Unternehmer und Junter den geschlossenen Kampf aufzunehmen und sich die Forderungen des Bremer Proletariats zu eigen zu machen. Wenn diese Demonstration mehr sein sollte als eine Schaustellung, so muß sie der Ausrüstung werden zum entschlossenen Kampf des gesamten Proletariats gegen den Kapitalismus. Nach den Ansprüchen formierten sich die Massen zu einem gewaltigen Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. Vor dem Stadtheater hielt ein Arbeiter eine Ansprache, in der er den einseitlichen Kampf des gesamten Proletariats gegen die Offensive der Reaktion forderte.

### Herrliche Zeiten für Schieber.

Berlin, 19. August.

Während für die breiten Massen der werttätigen Bevölkerung die allernotwendigsten Lebensmittel, wie Milch, Brot und Zucker, infolge des agrarkapitalistischen Wachstums und wachsender Besteuerung immer mehr verteuert werden, steht andererseits der Schleichhandel, der nur den Besitzenden die Konsumtion von Lebensmitteln ermöglicht, in höchster Blüte. So gar die bürgerlichen Gerichte sind überlastet mit Schieberverhandlungen, und Mengen von 50, 80 und 150 Zentner Schieberzucker, die tatsächlich beschlagnahmt wurden, sind in den meisten Fällen Gegenstand der Verhandlungen. Diese riesigen Zuckermengen werden selbstverständlich schon gleich von der Quelle, von den Zuckerrüben, auf das Geleise des Schleichhandels geschoben. So standen erst kürzlich vor der Ferienkammer des Landgerichts I vier Zuckerschieber, die sich wegen Wachens, Schleichhandels usw. zu verantworten hatten. Wie in den meisten Fällen, haben sie natürlich „nichts verdient“. Die vier, die aller Wahrscheinlichkeit nach nur die ausführenden Organe einer solchen Schieberfirma sind, wurden zu einer lächerlich geringen Strafe von einigen hundert Mark verurteilt, während die Firma, von welcher der Zucker stammt, ungenannt bleibt und weiter schiebt.

Arbeiter, wie lange noch?

### Mitglieder der S.P.D. treten zur D.A.P.D. über.

Klein-Ziethen bei Berlin, 19. August.

Die Arbeiter der händischen Gutes Klein-Ziethen beschäftigten sich in einer in diesen Tagen von der S.P.D. einberufenen Versammlung mit den Lehren des Gutzarbeiterstreiks. Das arbeitervorbereitende Verhalten der S.P.D.-Führer wurde mit aller Schärfe gebrandmarkt und als Ergebnis der gezogenen Lehre war zu verzeichnen, daß sämtliche Anhänger der S.P.D. zur D.A.P.D. übertraten und noch ein Teil Neuaufnahmen gemacht wurden.

Die Konsequenz, die hier ein kleiner Teil der Arbeiterschaft aus dem Verrat seiner menschenwürdigen Führerschaft gezogen hat, wird nicht auf Klein-Ziethen beschränkt bleiben. Die kommenden Lohn- und Steuerkämpfe werden der Arbeiterschaft überall im Reiche zeigen, daß es nur eine Partei gibt, die rücksichtslos die Interessen der werttätigen Massen vertritt und das ist die D.A.P.D.

## Gewerkschaftliches.

### Der A.D.G.B. protestiert — er muß kämpfen!

Der Bundesausschuß des A.D.G.B. hat gegen die Kampfanfrage des Unternehmertums folgende Entschliebung gefaßt:

Gegenüber den zwingend notwendigen Lohn- und Gehaltsforderungen hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in den letzten Tagen öffentlich den Gewerkschaften „unverantwortliche Uebertreibungen der Dinge“ vorgeworfen, die von der gesamten Arbeitnehmerschaft erhobenen Forderungen „als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt“ hingestellt und gleichzeitig erklärt, daß höhere Löhne nur dann zugehanden werden könnten,

„wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zweck auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigelegt wird“.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes weist den in dieser Stellungnahme der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände liegenden Versuch, eine erhöhte und unbeschränkte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durchzuführen, aufs entschiedenste zurück.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände offenbart mit ihrer Veröffentlichung das Bestreben, die Arbeitszeit durch Beseitigung des Achtstundentages zu verlängern und die den Arbeiterinteressen dienenden und für den Arbeiterschutz unerläßlichen Bestimmungen der Tarifverträge zu verschleiern.

Diesen arbeitervorbereitenden Bestrebungen muß der schärfste geschlossene Widerstand der Gewerkschaften entgegengestellt werden.

Diese Entschliebung zeigt, daß die Führer des A.D.G.B. sich heute der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Aufwählung der Wiedergutmachungslasten auf die Arbeiter in Gestalt einer neuen schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiterklasse nicht mehr verschließen können. Es ist noch nicht lange her — an Pfingsten war es — daß dieselben Führer des A.D.G.B. Entente-Vertretern gegenüber äußerten, die Wiedergutmachungslasten könnten nicht durch Angriff der Kapitalisten, sondern nur durch die Mehrheit der werttätigen Bevölkerung ausgebracht werden. Diesen Standpunkt können sie heute nicht mehr vertreten, denn die Arbeitermassen drängen zum Kampf. An den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ist es nun, ihre Organisation zur einseitigen Durchführung der Kämpfe mobil zu machen, damit aus den Worten des A.D.G.B. endlich Taten werden.

### Zur Werftarbeiterkonferenz in Hamburg am 21. August 1921.

Schon vor mehreren Wochen hatten die Arbeiter aller deutschen Werften die Einberufung einer allgemeinen Werftarbeiterkonferenz gefordert. Die jorgelassenen Uebergriffe der Werftarbeiter, die mit allen Mitteln und Schikanen arbeiten, um die Lebenslage der Arbeiter zu verschlechtern, sowie die Niederlage der Schiffbauarbeiter-Vereinigungen in die Hände der Arbeiter den Gedanken eingehämmert, daß sie sich zu einer gemeinsamen Kampffront zusammenschließen müssen. Die Werftarbeiterkonferenz wurde zum 21. August nach Hamburg einberufen. Eine erhöhte Bedeutung gewinnt diese Konferenz durch die Bremer Ereignisse. 800 Arbeiter der H.C. „Defier“ sind vom Werftarbeiter auf das unerhörteste provoziert und frustriert entlassen worden. Es gilt nun, auf der Konferenz eine sofortige Abwehraktion zu beschließen. Aus den Kämpfen von Schichau und Bremen müssen die Werftarbeiter die richtigen Lehren ziehen, besonders in bezug auf die Haltung gegenüber der Gewerkschaftsleitung. Diese muß vom entschlossenen Willen aller Gewerkschafts-



# Fordert vom ADGB., von Euren Gewerkschaftsführern die sofortige Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen über das ganze Reich!

mitglieder gezwungen werden, ihre Pflicht zu tun, es darf nicht in der allgemeinen Bewegung dasselbe eintreten, was wir in den örtlichen Bewegungen sehen, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsführer die Bewegung sabotieren. Gerade Bremen ist dafür sehr lehrreich. Die drei Vorsitzenden der U.P.D., U.S.P. und S.P.D.-Fraktion des Arbeiterrates wurden gemahnt. Die Arbeiterschaft schickte sie aber gerade deshalb als ihre Vertreter zu den Verhandlungen mit der Direktion und den Gewerkschaftsführern, die am Dienstag, den 16. August, stattfanden. Die Direktion hatte die Unerschämtheit, die drei Gemahnten aus dem Verhandlungssaal weisen zu wollen. Anstatt dieses Anstößes der Direktion entrüstet zurückzuweisen, forderten die Gewerkschaftsführer die Arbeiterratsmitglieder selbst auf, der Unerschämtheit der Direktion Rechnung zu tragen, damit die Verhandlungen nicht vollständig abgebrochen würden. Daraufhin verließen der Obmann des Arbeiterrates und die anderen Betriebsratsmitglieder die Sitzung. Gewerkschaftsführer und Unternehmer waren unter sich.

Die Werftarbeiterkonferenz wird sich aber darüber klar sein müssen, daß dieser Zustand bei der allgemeinen Bewegung nicht eintreten darf. Die Gewerkschaftler müssen stets ein scharfes Auge auf ihre Führer haben. Mehrere Werften haben ihren Delegierten bereits Richtlinien mitgegeben.

Die am 17. August im neuen Kasino tagende Werftarbeiterversammlung der Stettiner Werften beauftragt ihre Delegierten, in der am 21. August 1921 in Hamburg stattfindenden Werftarbeiterkonferenz folgende Entschlüsse zu vertreten:

Die am 21. August in Hamburg tagende Werftarbeiterkonferenz stellt erneut fest, daß sich die Lebenslage des gesamten deutschen Proletariats infolge der ungeheuren Preissteigerungen aller Lebensmittel und Bedarfsartikel usw. immer weiter verschlechtert hat. Diese allgemeine Verschlechterung wird im Hinblick auf die Wotpreissteigerung sowie der zu erwartenden Steuern noch gewaltig gesteigert werden. Von einer kapitalistischen Regierung hat die Arbeiterschaft keine Hilfe zu erwarten. Ihre Lagen beweisen, daß sie sich nur als Vertreterin der besitzenden Klasse füllt und gegen die Arbeiterschaft nur reaktionäre Gewaltmaßnahmen zur Verfügung hat.

So haben auch die Beschlüsse der Werftarbeiterkonferenz vom 26. Juni, die nur eine Verhandlungsbasis vorgesehn haben, nicht vermocht, der Offensibe der Werftarbeiter Abbruch zu tun. Arbeiterentlassungen, verkürzte Arbeitszeit, Abbau der Arbeitspreise und reaktionäre Arbeitsordnungen sind tägliche Erscheinungen auf den Werftarbeiterbetrieben.

Die Werftarbeiterkonferenz kann und will nicht die Folgen weiterer Passivität seitens der Gewerkschaften ver-

antworten. Dem Angriff der Unternehmer muß der sofortige Abwehrkampf aller Werftarbeiter entgegengesetzt werden. Die Werftarbeiterkonferenz beschließt, den Werftarbeitern durch die zuständigen Gewerkschaften folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. die jetzt geltenden Grundlöhne sind um 75% zu erhöhen.
2. Entlassungen von Arbeitern dürfen nicht mehr vorgenommen werden.
3. Bereits entlassene Arbeiter sind wieder einzustellen.
4. bei weiterem Arbeitsmangel ist eine Verkürzung der Arbeitszeit anstelle von Entlassungen einzuführen.
5. der hierdurch entstehende Lohnausfall ist vom Unternehmer zu ersetzen.

Die Erfüllung dieser Forderungen bedeutet lediglich die Abwehr gegen eine weitere Verschlechterung der jetzigen Lebenslage der Werftarbeiter.

Darum ist die Erfüllung dieser Forderungen bis zum 15. September d. J. von den Werftarbeitern zu verlangen, andernfalls ist die Verwirklichung dieser Forderung mit Hilfe des Streiks aller Werftarbeiter zu erkämpfen.

In dem die Werftarbeiter vorstehende Forderungen zur Kampfsparole erheben, reihen sie sich in den allgemeinen Abwehrkampf gegen die Verelendung des deutschen Proletariats ein, zu dem die verschiedenen Ortsstellen des ADGB (Stralsund, Danzig, Gubl usw.) die Arbeiterschaft aufrufen. Unter der ausdrücklichen Anerkennung der Bestrebungen, eine einheitliche Kampffront des deutschen Proletariats herzustellen, fordert die Werftarbeiterkonferenz alle Arbeiterorganisationen auf, den Kampf der Arbeiterschaft mit allen verfügbaren Mitteln reiflos zu unterstützen.

Am Tage vorher hatte eine Versammlung der Vertrauensmänner sämtlicher Stettiner Werften folgende Entschlüsse angenommen:

Die heute am 16. August 1921 im Neuen Kasino tagenden Vertrauensleute der Stettiner Werften nehmen Kenntnis von dem provokatorischen Vorgehen der Weser-Direktion in Bremen. Durch dieses Vorgehen will das Unternehmertum die sich anbahnende Einheitsfront der Arbeiter zerlegen. Die Vertrauensleute der Stettiner Werften werden es nicht zulassen, daß die Unternehmer zu ihrem Ziele kommen. Sie sprechen den kämpfenden Kollegen in Bremen die vollste Sympathie aus und fordern von der am 21. August tagenden Konferenz, sollte die Direktion der Weser-Werke auf ihrem Standpunkt beharren, die Einleitung einer Solidaritätsaktion, um mit der ganzen Macht der Arbeitenden die Direktion der Weserwerke zu zwingen, die Forderungen der dortigen Klassengenossen zu erfüllen.

## Wirtschaftliches.

### „Rentable Zukunft“ der Zuckerindustrie.

K.-R. Das Proletariat erhält seit Jahr und Tag Zucker in Avotheter-Nationen. Bisher ist der Preis im Kleinhandel für 1 Kg. von 50, 3 Pfennigen 1914 auf 81, 8 Pfennigen im Juni 1921 gestiegen. Erhält die neue Zuckersteuer von 100 Mark pro 100 Kg. hinzu, so wird der Friedenspreis auf das 18-19fache erhöht sein. Zucker außerhalb der Nationierung kostet heute noch 40-50mal so viel wie im Frieden. Eben die „Zwangswirtschaft“ für Zucker war es, die den Zuckerkapitalisten goldene Zeiten brachte, und es war sehr verständlich, daß die Zuckerkapitalisten von ihrer „Zwangswirtschaft“ nicht lassen wollten: Sie fühlten sich bei gewaltigen Profiten unter Ausbeutung jeglichen Risikos äußerst wohl. Durch die Aushebung der „Zwangswirtschaft“ sehen sie ihre profitabile Situation vorerst bedroht, sind doch die Auslandspreise z. B. erheblich unter den deutschen Zuckerpreisen. Die Zentralisation der Zuckereinfuhr durch das Reich wirkt jedoch hier genau so wie z. B. beim Getreide: auf die Inlandspreise wird nicht der geringste Druck ausgeübt, kein Schutzoll kann einen ähnlichen Wall darstellen, für das Anziehen der inländischen Zuckerpreise gibt es keine Schranke.

Ueber die Aussichten der Zuckerindustrie läßt sich die „Frankfurter Zeitung“ vom 5. August 1921 aus Magdeburg folgendes berichten:

„Am 1. Oktober tritt nun die freie Zuckerwirtschaft für die Verbraucher ein, im übrigen wird der Verkehr zwischen Rohzuckerfabrikanten und Raffinerien nahezu sich im bisherigen Gleise bewegen. Es dreht sich dabei um die Herauswirtschaftung von den bezahlten Nebenpreisen (20-30 M. pro 100 Kg.) entsprechenden Zuckerpreisen und man will zunächst einen Rohzuckerpreis von 190 Mark (also wie früher) zugrunde legen, den Raffinerien dabei eine angemessene Verarbeitungspause gewähren. Ein-twie Ausfuhr unterliegen der Genehmigung der aus-Verretern der Industrie geschaffenen Zuckerwirtschaftsstelle. Wenn alles klappt, so wird unsere Zuckerindustrie, eine befriedigende Ernte vorausgesetzt, einer rentablen Zukunft entgegensehen.“

„Die Zuckerindustrie sieht einer rentablen Zukunft entgegen.“ Was will das Proletariat mehr? Zucker zu erschwinglichen Preisen. Ja, das wäre freilich ein Strich durch die „rentable Zukunft“. Wie mit allen anderen Lebens- und Bedarfsartikeln steht es auch mit dem Zucker: nur im schärfsten Kampf gegen das Kapital um die Kontrolle über Produktion und Absatz kann das Proletariat seinen wirklichen Bedarf befriedigen.

## Immer neue Lohnkämpfe.

### Ausperrung sämtlicher Berliner Holzarbeiter.

Die Unternehmer der Berliner Holzindustrie haben am 18. August durch Rundschreiben alle Firmen aufgefordert, sämtliche Holzarbeiter am 19. August auszusperrern. Der Holzarbeiterverband hat es bisher vermieden, die Kampffront mehr als seiner Ansicht nach unbedingt notwendig war, zu verbreitern. Die Unternehmer wollen aber die Machtprobe. Die Holzarbeiter werden ihnen die richtige Antwort geben.

### Streik der städtischen Arbeiter in Pforzheim.

Wegen Maßregelung des Betriebsratsvorsitzenden sind die städtischen Arbeiter in den Streik getreten, der mit 355 gegen 20 Stimmen beschloffen wurde. Alle städtischen Betriebe ruhen. In der Folge sind auch die Arbeiter der Bijouterieindustrie von den Unternehmern entlassen worden, mit der Begründung, daß der Streik der städtischen Arbeiter den Entzug von Gas, Wasser und elektrischen Strom veranlaßt habe.

### Die württembergischen Metallarbeiter vor dem Kampf.

Die Metallindustriellen Württembergs und Badens haben die Verhandlungen über die Forderungen der Metallarbeiter auf Lohnhöhung von 1 M. bis 1,50 M. pro Stunde abgelehnt. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß die Spitzenverbände der Arbeitgeberorganisation erst zu der Wotpreis-erhöhung und der etwa notwendigen Lohnherhöhung Stellung nehmen müßten. In der Antwort an die Arbeitnehmer war weiter gesagt, daß die Auswirkung der Preissteigerung noch nicht zu übersehen sei, und es deshalb versucht sei, in Verhandlungen einzutreten. Wie wir erfahren, hat am 14. August eine Funktionärskonferenz der Metallarbeiter zu der Antwort der Unternehmer Stellung genommen. Die Konferenz stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kampf unvermeidlich sei, wenn den Forderungen der Metallarbeiter nicht Rechnung getragen wird.

### Zur Lohnbewegung der Buchdrucker.

Nachdem die Buchdrucker in Worms, Mainz und Umgebung die Arbeit nach erfolgter Einigung wieder aufgenommen haben, haben die Betriebsräte, Bezirks- und Ortsvorstände der Buchdrucker in Rheinland und Westfalen auf einer Versammlung in Barmen die Forderung auf eine tatsächliche Lohnherhöhung von 100 M. für alle Geschlossen aufgestellt.

In Mainz sind die Buchbinder in den Streik getreten.

### Die Gehaltsbewegung der Angestellten.

Die Ortsgruppe Dortmund der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter hat an den Reichskanzler Dr. Birck, an den Deutschen Beamtenbund und an die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten folgenden Telegramm abgeschickt: „Beamtenschaft infolge der seit Monaten eingetretenen mangelhaften Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten ohne Geld, Dienstreisen durch Familiennot gefährdet. Sofortige durchgreifende Hilfe der Staatsregierung erforderlich, weil Stimmung gedrückt und in Verzweiflung überzugehen droht. Heutige Verammlung der reichsgewerkschaftlich organisierten Eisenbahnbeamten erbitte die Hilfe der Staatsregierung, bevor es zu spät ist.“

Ein Appell an den Reichskanzler ist nutzlos. Die Beamten müssen die Forderungen hartnäckig durchsetzen und gemeinsam mit der Arbeiterschaft in den Kampf treten.

### Der Betriebsrätekongress für Oberschlesien wird Lausache!

Nachdem von allen Schichten der ober-schlesischen Arbeiterschaft die Einberufung eines Betriebsrätekongresses förmlich gefordert wurde, hat auch die Arbeiterschaft der deutschen und polnischen Gewerkschaften den Wunsch ausgesprochen, einen Kongress der Betriebsräte einzuberufen, der zu den schwebenden Fragen Stellung nehmen soll. Ueber Ort und Tag der Zusammenkunft sprechen zurzeit noch Verhandlungen.

Damit dürfte der Betriebsrätekongress für Oberschlesien gesichert sein. Er wird die Aufgabe haben, den Kampf des ober-schlesischen Proletariats gegen das Ausbeutertum zu organisieren. Arbeiter polnischer und deutscher Abstammung müssen die Einheitsfront gegen das internationale Kapital bilden.

### Streik in der Gmünder Metallindustrie.

Die eingereichten Forderungen der Arbeiter in der Gmünder Edelmetallindustrie sind gescheitert. Die Unternehmer wollen nur die Hälfte der Forderungen bewilligen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben der Edelmetallindustrie sind heute in den Streik getreten.

### Malerstreik in Stettin.

Veranlaßt durch das provozierende Verhalten der Unternehmer, die Verhandlungen über geforderte Lohnherhöhungen abzulehnen, sind 300 Maler in den Streik getreten. Die Forderung der Maler beträgt 30 Prozent Lohnherhöhung.

### Die Berliner Glasarbeiter für sofortige Abwehraktion.

Die Berliner Vertrauensmänner des Zentralverbandes der Glaser beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 11. August 1921 mit der Kollage der Glasarbeiter. Wegen der einseitigen Feuerung wird die Tarifkommission zur sofortigen Einleitung neuer Lohnforderungen, und zwar pro Stunde ein Aufschlag von 2 Mark, zahlbar ab 15. August, die nötigen Schritte unternehmen. Auf Antrag unserer Fraktion wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute verammelten Vertrauensmänner des Zentralverbandes der Glaser verlangen vom ADGB die Einleitung einer allgemeinen Aktion gleichzeitig über das ganze Reich bis zum 1. September mit der Mindestforderung, daß die Löhne von 1914 dem heutigen Stande der Goldmark angepasst werden, da es den einzelnen Berufsverbänden mit ihren Lohnkämpfen nicht mehr möglich ist, die weitere Verelendung der Arbeitenden zu verhindern. Zu diesem Zwecke hat sich der ADGB mit der S.P.D., der U.S.P.D. und der B.P.D. in Verbindung zu setzen, um der Bewegung den größtmöglichen Nachdruck zu geben und den Erfolg zu sichern.“

Eine Betriebsversammlung der Glasarbeiter der Firma Gebr. Müller, Glasbleiwerk, nahm ebenfalls eine ähnliche Resolution an, sie verlangte vom Hauptvorstand des Glasarbeiterverbandes, daß er sich für das Verlangen der Versammlung einsetzt. Außerdem wurde beschlossen, der „Aufkündigung“ sofort 1000 Mark aus der Unterstützungsliste des Betriebes zuzuwenden.

### Die württembergische Arbeiterschaft fordert einen Reichskongress der Betriebsräte.

In den Betriebsrätekonferenzen sowohl des Industriegebietes Bad Nauang wie Göttingen wurde die sofortige Aufnahme des Kampfes gegen die fortschreitende Verelendung des Proletariats verlangt. In beiden Versammlungen wurde die Forderung einer allgemeinen 50prozentigen Erhöhung der Löhne und die sofortige Einberufung eines Betriebsrätekonferenzen für Württemberg und das Reich erhoben. In der Göttinger Betriebsrätekonferenz wurde außerdem ein Aufruf zur Unterstützung Sowjetrußlands erlassen, der von allen Arbeiterparteien und Gewerkschaften unterzeichnet wurde.

Auf den Ruf des süddeutschen Proletariats muß die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands antworten. Die württembergischen Arbeiter, die unter der Orgele-Diktatur eines Grafen gegen die Verteuerung der Lebensmittel und die Steuerbelastung ankämpfen, haben aus der Erfahrung gelernt, daß die Leitung der kommenden Kämpfe durch die Gewerkschaftspitzen alle in nicht genügt, sondern daß die Kampfleitung unmittelbar werden muß durch die Betriebsräte-Räte, die in jedem Betrieb, in jeder Arbeiterschaft ihre Wurzeln haben.

## Aus der Partei.

### Landesparteitag Oberschlesien.

Am Sonnabend, den 13. und Sonntag, den 14. August fand in Oberschlesien der Landesparteitag der K.P.D. statt. In Oberschlesien herrscht der Belagerungszustand in fast allen Orten. Trotzdem der Parteitag illegal stattfand, war der Besuch gut. Von 42 Orten waren trotz der unter den genannten Umständen sehr schnellen Einberufung 36 Orte mit circa 65 bis 70 Delegierten, von denen 41 Stimmdrecht hatten, vertreten. Als Vertreter der Reichsgewerkschaftszentrale der U.P.D. war der Genosse Neumann-Berlin anwesend. Da die Vertreter Oberschlesiens zum Dritten Kongress noch nicht anwesend waren, gab der Genosse Neumann den Bericht von Moskau. Ueber den Punkt der Tagesordnung: Der Aufstieg, seine Lehren und die Aufgaben der kommunistischen Partei Oberschlesiens, referierte ein Vertreter des Zentralkomitees der K.P.D. im Sinne der Beschlüsse des Moskauer Kongresses. Seine Ausführungen fanden den Beifall des Parteitag. Den Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees und den Geschäftsbericht des Sekretariats gab der Parteisekretär. Sein Bericht, in welchem er lebhaft auf die Schwierigkeiten schilderte, mit denen die K.P.D. zu kämpfen hatte und darüber sprach, wie die Leitung der Partei diese Hindernisse zu überwinden suchte, fand gleichfalls Zustimmung. Hierauf wurde der in Oberschlesien kritische Punkt der Tagesordnung, die Gewerkschaftsfrage, behandelt. Nach einem Referat des Vertreters der Landespartei vom Standpunkt der Moskauer Beschlüsse sprach ein Genosse als Vertreter der Freien Arbeiterunion. An der grundsätzlichen Diskussion, in der alles Für und Wider erwohnen wurde, beteiligten sich mehrere Genossen. Genosse Neumann, als Vertreter der K.P.D. der U.P.D. legte den Standpunkt der Zentrale dar. Nach den Schlussworten der Referenten wurde folgende Resolution über die Gewerkschaftsfrage gegen die eine Stimme des Korreferenten selbst angenommen:

### Resolution zur Gewerkschaftsfrage.

Der Landesparteitag der Kommunistischen Partei Oberschlesiens begrüßt die Beschlüsse des Dritten Weltkongresses wie auch der Roten Gewerkschaftsinternationale zur Gewerkschaftsfrage, die festlegen, daß die Kommunisten in den alten Klassenkampforganisationen im Sinne der Revolutionierung derselben zu arbeiten haben.

Der Landesparteitag billigt gleichfalls das Ultimatum, welches von der Roten Gewerkschaftsinternationale an die Freie Arbeiterunion Gelsenkirchen, Allgemeine Arbeiterunion usw. gestellt wurde. Der Parteitag verpflichtet die Kommunisten, in der Union mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß keine Mitglieder der Freien Gewerkschaften in die Union aufgenommen werden dürfen. Die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften“ ist nicht nur sofort aufzugeben, sondern muß entschieden von den Kommunisten bekämpft werden. Der Parteitag verpflichtet alle Kommunisten, daß sie für die Durchsührung der Beschlüsse mit aller Energie eintreten und im Sinne der gefassten Beschlüsse und des Ultimatum in der Union ihre Tätigkeit entfalten.“

Nach Erledigung dieser Tagesordnung sprach ein Vertreter des Zentralkomitees eingehend über die organisatorischen Aufgaben der Partei. Die Konsequenzen organisatorischer Art, die der Referent zog, wurden vom Parteitag anerkannt.

Betrachtet man das Gesamtbild des Landesparteitages und beurteilt man die Schwierigkeiten, denen unsere Genossen im anbetraht der schweren Situation gerade in Oberschlesien gegenübersehen, so wird jeder Teilnehmer von diesem Parteitag die Gewissheit mit nach Hause genommen haben: Es geht in Oberschlesien vorwärts!



# Breslauer Nachrichten.

Held Liebermann.

Der Herr Liebermann hat die komische Angewohnheit, uns mit Verichtigungen zu überschwemmen. Uns kommt es in der Tat vor, als wenn dieser Herr der Schreibmaschine gegenüber sehr aufgeblasen ist, den beschwerdeübenden Genossen gegenüber aber den Unwissenden markiert. Ein solcher Rüdzug ist auch folgende Verichtigung:

„Es ist unwahr, daß ich mich Mitgliedern der kommunistischen Partei gegenüber darauf berufen habe, Dr. Zbiemann sei in der Versammlungsfrage Resortchef und ich habe darüber nicht zu entscheiden.“

Wir bleiben demgegenüber bei unserer Behauptung stehen, daß die in der Verichtigung als unwahr bezeichnete Äußerung gefallen ist. Wenn Herr Liebermann, um einen bekannten Anspruch Gscherschs noch mal zu zitieren, jetzt wirklich gemerkt hat, daß er die Hosen auf dem Präsidium anhat, dann gratulieren wir ihm zu diesem heroischen Entschluß.

Breslau. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rohde, der durch seine Duellforderung an einige Redakteure Breslauer Zeitungen von sich reden machte, hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Vorläufig ist er auf seinen Antrag für ein Jahr beurlaubt. — Schwebende Staatsanwälte steckt man nicht ins Zuchthaus, sondern die beurlaubt man auf ein Jahr, um sie dann neugestärkt auf revolutionäre Arbeiter loszulassen.

## Aus der Provinz.

Aus dem Internierungslager Sielow.

Ueber die Zustände im Lager Sielow werden uns immer neuere Mittheilungen bekannt, die die Furcht der Internierten verhältnißlich erheben lassen. Mißhandlungen waren nicht selten. Besonders schamlos betrug sich die Sippe bei Transporten einzelner Polen vom Bahnhof zum Lager. Gewehrkolben und Seitengewehrspitzen spielten eine nicht unbeträchtliche Rolle dabei. Aber auch im Lager selbst waren die Internierten vollkommen rechtlos. So wurde es einigen im Arrest befindlichen Leuten einfach verboten, sich bei einer Besichtigung des Lagers zu beschweren.

Den Wachleuten hat man durchweg den Glauben eingeimpft, daß die Internierten alle Verbrecher sind und zum Abscham der Menschheit gehören.

Als man einige der Internierten niedergelassen hatte, waren keinerlei narzotische Mittel aufzutreiben, und die Schwerverwundeten mußten stundenlang in ihren Schmerzen daliegen.

Es ist höchste Zeit, daß sich die gesamte polnische Arbeiterschaft mit diesen Zuständen beschäftigt und ganz energisch für Abhilfe sorgt.

Die bürgerlichen Zeitungen bringen Nachrichten über die skandalöse Behandlung von gefangenen Selbstschützern. Sie hängen in ihren Geschäftsräumen Bilder aus, wie Selbstschützer von den Polen gedregelt und ermordet sind. Wir wissen, wie in Kattowitz, in Kattowitz, in Kattowitz die gefangenen polnischen Jungmänner aus Oberschlesien in der bestialischsten Weise gemißhandelt sind. Eine Verhöhnung, daß noch jetzt in Internierungslagern Aufständische festgehalten und brutal behandelt werden, beweist obige Notiz.

Die Arbeiter in Schlesien erheben daraus, was ihnen blüht, wenn sie ihre Knochen im Interesse irgendeiner Kapitalistenklasse, ob deutsch oder polnisch, zu Markte tragen. Die Arbeiter sollen ihre Kräfte schulen und sammeln zu dem großen Kampf, der noch ausgefochten werden muß zwischen Kapital und Arbeit.

Das Millionentrüb beim Selbstschutz. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sind aus den im 1. Stock des Elsums befindlichen Räumen, die dem sogenannten Selbstschutz als Bureauräume dienen, 1 1/2 Millionen Mark Löhnungsgelder angehehlt gestohlen worden. Die Summe soll aus 1000-Mark-Scheinen bestehen und von vier Angehörigen des Selbstschutzes in einer Tasche befördert worden sein. Wie der Diebstahl möglich wurde, ist bis zur Stunde nicht bekannt geworden. Die Tatsache, daß die Nachtwache erst später wie gewöhnlich aufgezo-

gen sein soll und auch der Wachhund nicht seinen Aufenthalt wie sonst in dem Zimmer hatte, gibt zu allerhand Vermutungen Anlaß. Wir wünschen den Einbrechern glückliche Reise. Die Herren Großagrarien und die anderen Geldgeber werden schon wieder Mittel flüssig machen durch Verteuerung ihrer Produkte, um ihr Sorgenkind, die Drage, am Leben und kampfbereit zu halten. Der Diebstahl zeigt, mit welchen Summen die Selbstschützer arbeiten, um die rebellierenden Arbeiter niederzuhalten.

## Aus dem Waldenburger Revier.

Felhammer. Der Bergmann Wilhelm Büttner aus Felhammer wurde bei der Nachprüfung einer Sprengladung im Gesicht schwer verletzt, so daß er nach dem Krankenhaus überführt werden mußte. Die Explosion erfolgte bei dem Abmontieren eines alten Kesselhauses über Tag. Die Zünder wurden an eine Batterie angeschlossen. Vorher prüfte der Verunglückte mit zwei Kameraden, die mit dem Schreden davonkamen, die Sprengladung nach, wobei sich auf unaufgeklärte Weise eine Ladung entzündete. Es ist anzunehmen, daß ein Fabrikationsfehler der Explosivstoffe das Unglück verschuldet. Auch hier zeigt sich wieder, wie so oft, die Gefährlichkeit der Arbeit auf den Bergwerken. Die Arbeiter, die mit Hungerlöhnen abgepeißt werden, während die Kapitalisten in Luxus und Wohlleben schwelgen, können sich dann an den Segnungen der deutschen Sozialgesetze verlustieren. Mit den paar Mark Krankenunterstützung verelenden ihre Familien und werden, wenn nicht für ganz, so doch für lange Zeit dem Elend preisgegeben.

Waldenburg. Die „Bergwacht“ entrüstet sich über den Beschluß, den der Bezirksausschuß der B.V.D. für Schlesien zum Parteitag gefaßt hat. In den Beschluß wird verlangt, daß bei größter Freiheit der Kritik, diese Kritik

## Genossen! Werbt neue Leser für die Schlesische Arbeiter-Zeitung

sich im Rahmen der Partei zu bewegen habe. Darüber ist die „Bergwacht“ entrüstet. Die „Bergwacht“ ist das Organ der Sozialdemokraten; derselben Sozialdemokraten, die besonders während des Krieges mit den gemeinsten Mitteln jede Kritik linksstehender Genossen vereitelt hat. Wegen der Kritik der Kriegspolitik wurden Ende 1914 die ganzen Stuttgarter Ortsgruppe herausgeschmissen, wurden die Redakteure der „Bergwacht“ gemazregelt. Unzählige Fälle unterdrückter Meinungsäußerung können wir aufzählen: Die Sozialdemokraten haben Nichtrecht wegen seiner mannbester Handlungsweise aus der Partei ausgeschlossen; sie haben es gebüdet und unterdrückt, daß die wilkeminischen Schergen ausgeschlossen wurde. Wir kommunisten erlauben weitestgehende Kritik. Nur muß sich diese Kritik im Rahmen der Partei bewegen. Wenn die „Bergwacht“ als Vergleich auftritt die „Sonderbündeleien“ innerhalb der Gewerkschaften, so mußte selbst ein Bergwachtredakteur wissen, daß ein gewaltiger Unterschied besteht zwischen Partei und Gewerkschaft. In einer Partei sollen sein Genossen, die eine Kampfgemeinschaft gebildet haben auf der Grundlage einer bestimmten Weltanschauung. Mehr aber noch Genossen, die sich einig sind über die Grundzüge, wie diese Weltanschauung umgesetzt werden kann zur Wirklichkeit. Es muß verlangt werden, daß die Grundzüge einer Partei in ihren Endzielen, über die Grundzüge, wie diese Endziele erreicht und erhalten bleiben, einmütige Klarheit besteht. Es können Meinungsverschiedenheiten bestehen über bestimmte Tagesfragen; darüber ob bei einem bevorstehenden Kampf die oder jene Forderung in den Vordergrund gesetzt werden soll. Dies sollte auch sein bei den Gewerkschaften. In den freien Gewerkschaften ringen aber zwei Weltanschauungen miteinander. Die eine, vertreten von den Sozialdemokraten, die in positiver Arbeit den Kapitalismus, oder wie es

besser klingt, das zusammengebrochene Kaiserland aufrichten wollen, Forderungen auf dem Wege der Harmonie, der Arbeitsgemeinschaft verschoben sollen. Die andere, die kommunistische, die die Gewerkschaften wieder zurückzuführen wollen auf den früheren Weg des Klassenkampfes. Die eingesehen haben, daß ein Aufbau des Kapitalismus, wenn überhaupt, nur mit der größten Verelendung des Proletariats möglich ist. Die deshalb eingesehen haben, daß nur der rücksichtslose Klassenkampf, nur die Beseitigung des Kapitalismus mit allen Mitteln und die Aufrichtung des Sozialismus mit den Mitteln der Diktatur des Proletariats erlösen kann. Es ist ein dumm-dreistes Unterfangen der „Bergwacht“, wenn sie die Meinungskämpfe innerhalb unserer Partei, und das Verlangen, diese Meinungskämpfe im Rahmen der Partei auszutragen, mit der Bildung von Fraktionen in den Gewerkschaften vergleicht. Die „Bergwacht“ soll sich bei ihren Freunden an den Orten erkundigen, wo die Kommunisten die Mehrheit in den Gewerkschaften haben. Dort haben die Sozialdemokraten sich zusammengeschlossen zu Fraktionen, um ihre verlorene Macht wieder den Gewerkschaftsbürokraten in die Hände zu spielen. Die „Bergwacht“ soll sich nicht alterieren über Zwistigkeiten innerhalb der kommunistischen Partei. Sie steht gefestigter da als je. Sie wird diese ihre Festigkeit und Klarheit auf dem kommenden Parteitag manifestieren und beweisen bei den kommenden schweren Kämpfen. Die Massen werden bei den kommenden Kämpfen einsehen, daß die Kommunisten auf dem rechten Wege sind, wenn sie von den Gewerkschaften verlangen: Abkehr von der Arbeitsgemeinschaftspolitik. Anwendung des schärfsten Klassenkampfes gegen die Ausbeuter und Unterdrücker.

Waldenburg. Die „Schlesische Bergwacht“ brachte vor einigen Tagen einen spaltenlangen Artikel über Kiefenuntergeschlagungen, die in Berlin von Kommunisten verübt sein sollen. Mit großer moralischer Entrüstung wurde berichtet, daß ein Betrag von 345 000 Mark der Berliner Unterföhungskommission gehörend, von zwei kommunistischen Treuhändern von der Bank abgehoben und verschwunden ist. Ein großer Teil sogar bürgerlicher Zeitungen, die auch mit dem Artikel haufieren gingen, hat nun berichtet, daß es mit diesen Unterschlagungen nichts ist. Anders aber die „Schlesische Bergwacht“. Obwohl ihr der Tatbestand völlig klar ist, ist es ihr noch nicht eingefallen, unseren von ihr gemein verurteilten Genossen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wir stellen hiermit nochmals fest: Das Geld ist nur zu dem Zweck von der Bank abgehoben worden, um es vor dem Zugriff des „sauberen“ Herrn Emil Barth sicherzustellen, der damit das tragende „Freiheit“-Unternehmen wieder flott machen wollte. Und um die Gelder denen zukommen zu lassen, für die sie bestimmt sind. Nämlich: den politischen Opfern unserer „ohne Ansehen der Person“ urteilenden Justiz. Aber wer selbst im Glashaufe sitzt, soll andere nicht mit Steinen werfen. Wir wollen nun der „Bergwacht“ etwas aus ihren Reichen zur Kenntnis bringen, falls sie es noch nicht wissen sollte. Bei der Provinzialabteilung des Reichsbundes der Kriegsschädigten in Königsberg sind Vorsitzende Sauer U.S.P.D. und Michalski S.P.D. Diese beiden Herren haben nun von einer 43 000 Mark betragenden Sammlung 25 000 Mark für sich verbraucht. Bei der Berechnung gaben sie an, sie hätten geglaubt, daß von anderer Seite reichlich genug für die Opfer von Kattowitz gesorgt wäre. Wir nehmen nun mit Bestimmtheit an, daß die „Bergwacht“ ihre Leser sofort von diesem Fall in Kenntnis setzen wird. Oder wird dieser Fall ebenso behandelt werden wie der Fall Meier? Im übrigen möchten wir der „Bergwacht“ noch mitteilen, daß wir im Besitz eines recht langen Registers von Namen ihr sehr nahestehender Personen auch aus dem Waldenburger Bezirk sind, die manchen recht großen bunten Fleck auf ihrer Weste haben.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin, Berlin Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichshagen-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

**Die besten u. billigsten Anzüge**  
vollständig außer Konkurrenz  
Schnittarbeit ausgeführt, da Selbstherstellung, bekommen Sie nur  
**NACHHERHER 48 am Königsplatz**  
im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus  
Größe unverändert in fertigen, modernen Anzügen.  
**Inhaber: Hermann Partetzke**

Jedem, der Anglück hatte,  
**geschlechtskrank**  
zu werden, ist vor allem an einer schnellen und distrierten Heilung sehr gelegen. Verlangen Sie sofort ohne jede Verpflichtung gegen Einzahlung von M. 2.— für Porto und Spesen ausführliche Brochüre über Heilung von Gonorrhöen, Syphilis, Ektymen, in jüdischen und ganz veralteten Fällen, von Syphilis ohne Verzögerung, ohne Einprägung, ohne Salvarsan und Urotropin, von Nervenleiden (Erfolge bei allen Altersstufen), von Kröpfen, Juckreiz, in Verbindung mit Doppelbeleg ohne jeden Aufwand: falls gewünscht, senden wir Brochüre unter Einschreiben. Reiben genau an, damit richtige Brochüre gerichtet wird. Dr. med. H. Schuman G. m. b. H., Sommerfeld 718 (Bez. Frankfurt, Ober). Unter Spezialärztlicher Leitung. Adressen Sie genau auf Briefe, da in letzter Zeit ähnliche Institute anzudeuten. Schreiben Sie sofort, wir geben Ihnen auch seit langen Jahren bewährte Präparate an, die durch unsere Versand-Abtheile oder jede andere Apotheke zu erhalten sind.

**Geschlechtskrank!**  
Hilfe ist möglich! Auch in veralteten und beschwerlichen Fällen. Eigenes bewährtes Behandlungsmittel, bestehende Brochüre mit ausführlichen Anweisungen für jede der genannten Erkrankungen gegen 2.— Mark. Reiben genau an.  
Männerschwäche Syphilis Nervenschwäche  
Waldhaus  
**Dr. Damanns Heilanstalten**  
Berlin 39, Rottdamer Straße 123b  
Sprechstunden 9—11, 3—6 Uhr, Sonntags 10—12

**M. K.**  
Matthias-Kino  
Matthias-Straße 38  
und Molke-Straße 9  
**Einjame Insel**  
Sittensinn. 5 Akte  
Dazu  
**McSchmieds des Grauens**  
5 Akte

**BILLIGE MÖBEL**  
prekwalente  
bei Schmal 80, Chajelon 150,  
Häufige 300, Bastische mit  
Kammer 300, Kuchentisch 200,  
Kuchentisch 75, Ein-Schreibisch  
30, Kuchentisch 300, Bettische  
300, Gard.-Schrank 200, Bettische  
mit Matrasse 120, Schreibisch,  
gr. Zimmer-Schrank, Tische mit  
Schrank, Kuchentisch 800, Bastische  
mit Kasten 5 Mark.  
**H. Giesel, Brüderstraße 23**

**Breslau**  
Kaiserbrücke  
Teich Ring 192  
**Angelos**  
Täglich 7 1/2  
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2  
aus 25 Sensationsnummern enthaltende  
wäre  
**ZIRKUS-Programm**  
Abend um 8 Uhr  
9 1/2 Uhr mit dem Musikorchester  
des Zirkus. Teich Ring 192.

**Werbliche**  
Hausangestellte  
jeder Art  
sind für bald oder später  
Stille Hausangestellten-  
Beschäftigung  
Zentralbüro 1628, Jandstraße 41, 42

**Echte, extra starke Walthorius Hienfong-Essenz**  
(Deziliter), 12 Flasch. 25 Mk., 30 Flasch. 60 Mk. franco, in Apotheken, Drogerien, sonst direkt vom Laboratorium E. Walther, Halle a. S.-Iretha 133  
**Kaffee-Großrösterei**  
und  
**Tee-Import-Haus**  
**Max Schönfelder**  
Breslau, Albrechtstraße 56.  
Für Kaffee und Tee steht die **Jallerköhlung** nahe bevor.  
Die Erhöhung beträgt für Hochkaffee Mk. 3.50 p. Pfd. Tee 6.50  
Nicht unwahrscheinlich ist es, daß infolge des höchsten Markwertes auch der Goldzoll heraufgesetzt wird und dies die Teuerung weiter beeinflusst. Da je 10 Pfd. von der Nachverzoellung befreit sind, reite ich dringend zu einzelnen Einkäufen und empfehle aus meinen Vorkäufen wie folgt:  
Hochkaffee per Pfd. Mk. 20.00, 24.00, 26.00, 28.00 und 32.00.  
Hochtee per Pfd. Mk. 17.00, 18.00, 21.00, 23.00, 24.00, 26.00 und 28.00.  
Tee per Pfd. Mk. 28.00, 30.00, 32.00 und 36.00.  
Verlauf und Versand nur Albrechtstraße 56.  
Ich unterhalte keine Filialen.